

Anti-Terror-Einsatz wird geprobt

Übung vom 7. bis 9. März

VON KATJA SPONHOLZ
UND SEBASTIAN ENGEL

Saarbrücken/Berlin. Polizei und Bundeswehr sollen vom 7. bis 9. März 2017 erstmals gemeinsam für einen Einsatz bei einem Terroranschlag üben. Nach längerer Suche steht nun der Termin, den der saarländische Innenminister Klaus Bouillon (CDU) am Montag vor Beginn der Innenministerkonferenz (IMK) in Saarbrücken nannte. Es solle der Umgang mit einem mehrstufigen, realistischen Anschlagsszenario geprobt werden. Nach seinen Angaben werden sechs Bundesländer dabei sein: Bremen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bayern, Baden-Württemberg und das Saarland.

Von dem Treffen der Ressortchefs aus Bund und Ländern erwartete der IMK-Vorsitzende zugleich eine Reihe von Ergebnissen, etwa beim Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Die Innenminister treffen sich am Dienstag und Mittwoch in der saarländischen Landeshauptstadt. Forderungen des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl (CDU) nach einer Verschärfung der Abschiebepolitik stießen derweil vor der Konferenz auf scharfe Kritik.

„Von den 35 Themen, die auf unserer Tagesordnung stehen, sind 28 entscheidungsreif“, sagte Bouillon. Es gehe bei der IMK unter anderem um den Kampf gegen den Terrorismus, Wohnungseinbrüche, neue gesetzliche Möglichkeiten, um bei der digitalen Entwicklung mitzuhalten, und einen stärkeren Schutz von Polizisten. Grünes Licht erwartet Bouillon unter anderem bei der Gesetzesinitiative von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zum Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.

Das am Wochenende bekannt gewordene Asyl-Papier Strobls soll nach Angaben der baden-württembergischen Landesregierung bei der IMK nicht offiziell präsentiert werden. Darin wird etwa gefordert, die Abschiebehilfe für abgelehnte Asylbewerber auszuweiten, Sozialleistungen zu kürzen und ein Rückführungszentrum in Ägypten einzurichten. Teile von CDU und CSU gingen anscheinend in einen Überbietungswettbewerb, wer die unchristlichste Partei in Deutschland sein soll, kritisierte SPD-Generalsekretärin Katarina Barley.

HORN VON AFRIKA

EU verlängert Einsatz

Brüssel. Der europäische Anti-Piraten-Einsatz am Horn von Afrika ist um weitere zwei Jahre verlängert worden. Trotz erheblicher Fortschritte im Kampf gegen die Seeräuber sei die Gefahr neuer Angriffe noch immer nicht vollständig gebannt, erklärte die EU am Montag in Brüssel zu der Entscheidung. Erst am 22. Oktober hätten sechs bewaffnete Männer vor der Ostküste Somalias einen koreanischen Chemietanker überfallen. Die Bundeswehr beteiligt sich derzeit mit einem Aufklärungsflugzeug vom Typ P-3C Orion an dem Einsatz vor der Ostküste Afrikas. DPA

EU-AUSTRITT GROSSBRITANNIENS

May: Rechte der Polen bleiben

London. Die britische Premierministerin Theresa May will die Rechte für polnische Staatsbürger, die in Großbritannien leben, auch nach einem EU-Austritt nicht beschneiden. Das sagte May am Montag nach einem Treffen mit der polnischen Ministerpräsidentin Beata Szydlo in London. Solange die Rechte britischer Staatsbürger in der EU garantiert würden, gelte das auch für EU-Bürger in Großbritannien, sagte May. Bislang haben Polen und andere EU-Bürger das Recht, in Großbritannien zu arbeiten und zu leben. Mehr als 900 000 Menschen aus Polen leben inzwischen in Großbritannien. DPA

HAVANNA

Schröder bei Castro-Trauerfeier

Berlin/Havanna. Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) vertritt Deutschland bei den Trauerfeierlichkeiten für den gestorbenen kubanischen Revolutionsführer Fidel Castro. Nach Informationen der „Bild“-Zeitung (Dienstag) reiste Schröder am Montag im Auftrag der Bundesregierung und von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nach Havanna. Dort findet am Mittwoch eine Trauerfeier auf dem Platz der Revolution statt. Castros Leiche war am Sonntagabend eingesehrt worden. Er war am Freitagabend im Alter von 90 Jahren gestorben. DPA

Juristischer Meilenstein

Bundesgerichtshof bestätigt Verurteilung von früherem SS-Mann Gröning wegen Beihilfe zum Massenmord

VON PEER KÖRNER

Lüneburg. Am achtzehnten Verhandlungstag verkündete der Vorsitzende Richter in einem der letzten großen Auschwitz-Prozesse das Urteil. Es war der Morgen des 15. Juli 2015. Oskar Gröning, von Journalisten „Buchhalter von Auschwitz“ genannt, wurde vom Landgericht Lüneburg wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen zu vier Jahren Haft verurteilt. Seit Montag steht fest: Das Urteil ist rechtskräftig. Es wurde höchst-richterlich vom Bundesgerichtshof (BGH) bestätigt. „In Auschwitz durfte man nicht mitmachen“, sagte Richter Franz Kompisch seinerzeit in Lüneburg. Der Satz von Opfer-Anwalt Cornelius Nestler hört sich so einfach an, auch Gröning wiederholte ihn in seinem Schlusswort. Doch die Gerichte hatten jahrzehntelang den Nachweis einer bestimmten konkreten Tatbeteiligung gefordert, urteilten also ganz anders – wenn überhaupt. Von den 6500 SS-Männern, die in Auschwitz über die Jahre ihren Dienst taten, seien so nur 49 verurteilt worden, kritisierte Richter Kompisch. Der Mordparagraf habe aber immer eine Verfolgung erlaubt, betonte er.

„Auschwitz war eine auf die Tötung von Menschen ausgerichtete Maschinerie“, fasste Kompisch zusammen – und Gröning sei ein Teil des großen Verbrechens Auschwitz gewesen. Auch das Verwalten der Gelder der Verschleppten und das Bewachen ihres Gepäcks sei Beihilfe gewesen.

„Das Urteil von Lüneburg hat damit Rechtsgeschichte geschrieben“, sagte Nebenkläger-Anwalt Thomas Walther am Montag nach der BGH-Entscheidung. Mit seinem Kollegen Nestler vertrat Walther rund 50 der über 70 Nebenkläger von Lüneburg, die meisten sind Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Es sei die wichtigste Entscheidung seit Mitte der 60er-Jahre, sagte Walther, der viele Jahre für die Wertung „Beihilfe ist Beihilfe“ gekämpft hat. „Seit dem Auschwitz-Prozess von Frankfurt 1965 sind Tausende SS-Männer, die in Auschwitz Dienst getan haben, nicht mehr strafrechtlich verfolgt worden“, kritisierte auch er.

Doch das Auschwitz-Urteil von Lüneburg ist nicht nur ein juristischer Meilenstein, es hat eine menschliche Dimension. Den Nebenklägern ging es vor allem um späte Gerechtigkeit. „Es geht mir nicht um die Strafe, es geht mir um das Urteil, die Stellungnahme der Gesellschaft“, erklärte zum Beispiel die Auschwitz-Überlebende Eva Puztai-Fahidi im Verfahren in Lüneburg. Dort schilderten sie und andere Überlebende die Verschleppung ihrer Familien, die furchtbaren Transporte und die unmenschlichen Zustände im Lager.



15. Juli 2015: Der frühere SS-Mann Oskar Gröning wartet mit seinen Anwälten Hans Holtermann (r.) und Susanne Frangenberg auf das Urteil. FOTO: DPA

Max Eisen etwa war 15, als der Zug mit seiner Familie nach Auschwitz rollte. Bereits auf dem Transport aus Ungarn starben die Menschen, berichtete er im Lüneburger Verfahren. Nach drei Tagen kamen sie an. „Es war ein furchtbarer Geruch in der Luft, wie verbranntes Fleisch“, erinnerte sich der

86-Jährige. Seine Mutter, seine kleine Schwester, seine beiden Brüder, die Tante und die Großeltern sah er nie wieder. Kurz darauf wurden auch Vater und Onkel zur Ermordung bestimmt. Eisen hatte nur Sekunden Zeit, sich zu verabschieden. „Wenn Du überlebst, wirst Du der Welt erzählen, was passiert ist“, sagte der Vater. „Nein, nicht überleben“, sagte Gröning im Verfahren. Der frühere Freiwillige der Waffen-SS bestätigte die Berichte der Überlebenden.

Von einer fast heilenden Wirkung des Prozesses für die Zeugen sprach Anwalt Walther nach dem Urteil. So geht es beim Urteil von Lüneburg für die Überlebenden um mehr, auch wenn am Ende Ärzte entscheiden werden, ob ein heute 95-Jähriger seine Haftstrafe verbüßen muss. „Die Entscheidung ist für die Nebenkläger eine Befriedigung ihrer jahrzehntelangen seelischen Qualen und ihrer Zweifel an der deutschen Justiz“, sagte Walther am Montag. Kommentar Seite 2

Mehr Hilfsempfänger

Jeder Zehnte auf soziale Mindestsicherung angewiesen

VON EVA KRAFICYZ

Berlin. Knapp acht Millionen Menschen in Deutschland haben Ende 2015 soziale Mindestsicherungsleistungen erhalten. Das entspricht einem Anteil von 9,7 Prozent der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt am Montag in Berlin mitteilte. Ein Jahr zuvor hatten knapp 7,4 Millionen Menschen Hilfen bekommen. Zum Anstieg trug vor allem die starke Zunahme leistungsberechtigter Asylbewerber bei – ihre Zahl wuchs von 363 000 im Jahr 2014 auf 975 000 Ende vorigen Jahres. Damit erhielten Asylbewerber insgesamt 12,2 Prozent des Geldes für eine soziale Mindestsicherung. Gut 5,9 Millionen Menschen und damit 73,1 Prozent aller Hilfsempfänger bekamen Hartz-IV-Leistungen. Grundsicherung im Alter und Sozialhilfe erhielten gut eine Million Menschen.

Überdurchschnittlich hoch war die Zahl der Empfänger in Berlin, wo fast jeder Fünfte (19,4 Prozent) Geld zur Mindestsicherung erhielt, sowie in Bremen (18,5 Prozent). Ganz

anders die Lage in Bayern und Baden-Württemberg: Dort erhielten nur 5,2 beziehungsweise sechs Prozent der Einwohner Mindestleistungen für ihren Lebensunterhalt.

Im vergangenen Jahr waren 30,1 Prozent der Erwerbslosen von erheblicher materieller Entbehrung betroffen, wie aus einer der Deutschen Presse-Agentur in Berlin vorliegenden anderen Statistik hervorgeht. Die offiziellen Zahlen zeigen, dass 2008 erst 26 Prozent der Erwerbslosen davon betroffen waren. Seit 2012 lag der Anteil stets über 30 Prozent. Die Zahlen aus der Befragung „Leben in Europa“ stammen vom Statistischen Bundesamt. Die Behörde stellte die Werte auf Anfrage der Linken im Bundestag zusammen.

Linke-Fraktionsvize Sabine Zimmermann wertete die Befunde als Armutszeugnis für den Sozialstaat. „Das für die meisten Erwerbslosen einschlägige Arbeitslosengeld II ist nicht armutsfest.“ Bei der Neufestlegung der Hartz-IV-Sätze für 2017 müsse Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) die Regelbedarfe spürbar anheben.



Sabine Zimmermann FOTO: DPA

Jeder Vierte kooperiert

Studie über Rückkehrer aus Dschihad-Kampfgebieten

VON UTA WINKHAUS

Wiesbaden/Berlin. Ein Viertel der aus Dschihad-Kampfgebieten nach Deutschland zurückgekehrten Islamisten arbeitet einem Bericht zufolge mittlerweile mit den Sicherheitsbehörden zusammen. Das meldet die „Welt“ (Montag) unter Berufung auf eine als Verschlussache eingestufte Studie zu Radikalisierungshintergründen. Diese wurde den Angaben zufolge vom Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, dem Bundeskriminalamt (BKA) und dem Bundesamt für Verfassungsschutz erstellt.

Demnach reisten mehr als 850 Islamisten in den vergangenen Jahren in das Bürgerkriegsgebiet nach Syrien und den Nordirak aus. Für die Studie seien 784 Lebensläufe von Menschen zwischen 13 und 62 Jahren untersucht worden, die sich dort den Terrorgruppen angeschlossen hätten. 274 seien inzwischen wieder in Deutschland, heißt es.

Knapp die Hälfte (48 Prozent) der Heimkehrer bleibt ihrem extremistischen Milieu treu, wie die „Welt“ weiter unter Berufung auf die Studie berichtete. Bei acht Prozent

gingen die Behörden nur von einer „taktisch motivierten Rückkehr aus, etwa um sich zu erholen oder um neue Ausrüstung oder Geld zu besorgen“. Lediglich etwa jeder zehnte Ausgeraste sei bislang frustriert oder desillusioniert zurückgekehrt.

Etwa ein Drittel der ausgewiesenen Islamisten soll sich der Studie zufolge noch im Kriegsgebiet aufhalten. Ein Drittel sei mittlerweile zurückgekehrt, zwölf Prozent von ihnen seien inhaftiert. Die restlichen Personen befänden sich wohl im Ausland, oder ihr Aufenthaltsstatus sei unbekannt, heißt es im Bericht.

Zuletzt verzeichneten die Behörden einen signifikanten Rückgang bei der Zahl der Ausreisen. Zwischen Juli 2015 und Juni 2016 seien nur noch 49 radikalisierte Menschen registriert worden, die sich auf den Weg in die Kampfgebiete machten. 2014 seien es noch bis zu 100 im Monat gewesen.

Ein Sprecher des hessischen Innenministeriums in Wiesbaden verwies darauf, dass die fortgeschriebene Studie derzeit noch Verschlussache sei. Sie soll bei der Innenministerkonferenz diese Woche in Saarbrücken vorgestellt und anschließend veröffentlicht werden.

125 Millionen Euro für Hochbegabte

Bund und Länder suchen mit einem neuen Programm die beste Förderung leistungsstarker Schüler

VON KIM ALEXANDER ZICKENHEINER

Berlin. Mit dem Einsatz von 125 Millionen Euro wollen Bund und Länder die besten Methoden finden, um leistungsstarke Schüler zu fördern. 300 Schulen sollen bundesweit über fünf Jahre hinweg Ansätze testen, die im Anschluss flächendeckend umgesetzt werden. In einigen Ländern gebe es deutlich mehr Schüler mit Spitzenleistung, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) am Montag in Berlin bei der Vorstellung des Konzepts. „Auch aus diesem Grund ist klar: Hier müssen wir etwas tun.“ Angebote für Spitzenschüler seien Teil der Chancengleichheit. „Dazu gehört natürlich die Förderung der Schwachen, aber genauso gut die Förderung und Unterstützung derer, die leistungstark sind.“

Bund und Länder teilen sich die Kosten. 300 Schulen starten im Schuljahr 2017/18. Ihre Förderungsansätze sollen vom Bund wissenschaftlich begleitet werden. Die Schulen vernetzen sich, um Erfahrungen auszutauschen. Denn immer noch fehlten Erkenntnisse darüber, welche Ansätze besonders wirksam sind, sagte Wanka. Ab dem Schuljahr 2022/23 sollen die Erfolgsrezepte auf

andere Schulen übertragen werden. „Tatsächlich geht es uns darum, Modelle zu entwickeln, die nicht nur Leuchtturm-Charakter haben“, sagte die Bremer Bildungsstenatorin Claudia Bogedan (SPD), die derzeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) ist. „Wichtig ist uns dabei die Erkenntnis: Alle Kinder haben Stärken.“ Lehrer müssen

diese Stärken erkennen können, sagte sie weiter.

Der Fokus liegt auf den Klassen 1 bis 10 und auf den Hauptfächern, also Mathematik, Deutsch, Naturwissenschaften und Fremdsprachen, vor allem Englisch. Wie die Länder ihre Schulen aussuchen, steht ihnen frei. Die Hälfte der 300 Schulen sollten

Grundschulen sein, sagte Wanka, der Rest weiterführende – von jeder Sorte.

Es gehe nicht um eine einmalige Förderung, sondern eine andauernde Strategie, die fest im Unterricht verankert werden solle, sagte Bogedan. Die Schulen müssten ihre Kultur und Struktur so verändern, dass die Förderung von Leistungsstarken besser funktioniere.

Bei der Umsetzung gibt es Spielraum: Die konkreten Ideen werden auf Länderebene entschieden. Die 16 für Schulpolitik zuständigen Bundesländer hatten sich im Juni 2015 in der KMK auf eine gemeinsame Strategie geeinigt. Bildungsstudien der vergangenen Jahre hatten gezeigt, dass Deutschland nicht nur seine „Problemschüler“ stärker unterstützen sollte, sondern auch die Leistungsstarken.

Der Deutsche Philologenverband verspricht sich von einem solchen Bund-Länder-Programm Fortschritte für das Bildungssystem. Es sei gut, „dass die Gruppe der leistungsstärksten Schüler jetzt auch mal in den Fokus gerät. Das war ja lange Zeit nicht der Fall“, sagte etwa der Chef der Gymnasiallehreergewerkschaft, Heinz-Peter Meidinger.

Bildungsexperte warnt

Berlin. Der Koordinator für die Pisa-Studien, Andreas Schleicher, hat die deutschen Bildungspolitikern davor gewarnt, bei ihrem Reformeifer für die Schulen nachzulassen. Es gebe gewisse Bremspunkte, sagte der Experte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). „Insgesamt hat diese Dynamik das Land wirklich nach vorn gebracht. Man muss aber leider sagen, dass der Schwung in den vergangenen Jahren wieder abgeflaut ist – und das ist langfristig sehr schade.“

Am 6. Dezember werden die Ergebnisse der sechsten internationalen Pisa-Bildungsstudie mit etwa 10 000 teilnehmenden 15-Jährigen aus Deutschland präsentiert.

Das Pisa-Debakel vor 15 Jahren mit miserablen Testergebnissen in Mathematik, Naturwissenschaften, Leseverständnis und Textverständnis hatte eine breite Reformdebatte ausgelöst. „Die verbesserten Leistungen Deutschlands bei den Pisa-Tests der Nuller-Jahre sollten Ansporn sein, so weiterzumachen“, sagte Schleicher. „Es gibt keinen Grund, warum Deutschland sich nicht an den leistungsstärksten Bildungssystemen orientieren sollte. Aber dafür bleibt noch viel zu tun, gerade auch bei der Chancengerechtigkeit.“ So zeigten Pisa-Studien der vergangenen Jahre, dass „hierzulande weiterhin der Bildungserfolg zu stark vom sozialen Kontext abhängig“ sei. DPA

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.